

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) Menschen in Afrika leben müssen, mit wie wenig Energie sie leben müssen, während wir in diesem Lande ohne Ende Energie verprassen, der Bevölkerung nahebringen kann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Entwicklungszusammenarbeit.

Dazu gehört auch der Beitritt zum Klimabündnis und so weiter. Alles das können Sie im Erlaß nachlesen. Lesen Sie ihn einfach einmal aufmerksam! Es sind gute Ideen darin. Sie können das auch zu Hause nachmachen.

Frau Keller, es handelt sich um eine pauschalierte Zuweisung, die aber an einen Zweck gebunden ist, nicht ohne Nachweis, aber mit Bestätigung! - Der einzige, der Schwierigkeiten macht, ist der Regierungspräsident in Münster, Herr Twenhöven von der CDU. Der prüft jede einzelne Zahl ganz genau nach. Alle anderen tun das gar nicht; da ist das ohne bürokratischen Aufwand. Nehmen Sie sich den an die Kandare! - Es werden keine Apparate aufgebaut, wie Sie gesagt haben, sondern Initiativen von Schulklassen und Kirchengemeinden, die ehrenamtlich für den Eine-Welt-Gedanken eintreten, werden unterstützt.

- (B) Bewahrung der Schöpfung, Frau Keller! - Vielleicht ist Ihnen das schon einmal irgendwo nahegebracht worden. Stellen Sie sich das nicht als Aufgabe für zu Hause vor, so nach dem Motto: Bei mir zu Hause gibt es keine Umweltvergiftung mehr, bei mir zu Hause ist alles schön, jetzt machen wir gar nichts mehr. Die Bewahrung der Schöpfung greift sehr viel weiter. Eine-Welt-Zusammenarbeit heißt auch, aufmerksam zu machen darauf, was wir dafür tun, damit die Entwicklung in anderen Ländern vorangehen kann, und wie wir sie verhindern.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Das ist der Eine-Welt-Gedanke. Es geht uns darum, daß wir alle das hier begreifen müssen, auch Sie von der CDU-Fraktion. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Reinhold Trinius [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 09.** Wer der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2609** zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01: Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2601, **eröffne die Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Hieronymi das Wort.

Ruth Hieronymi (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in diesem Hause eigentlich gute Tradition, daß der Einzelplan 01, der Haushaltsplan des Landtags, ohne weitere Beratung und gemeinsam verabschiedet wird.

(Demonstrativer Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn die CDU-Fraktion in diesem Jahr die Notwendigkeit sieht, anders zu verfahren, dann muß das einen besonderen Grund haben, den ich Ihnen gern erläutere.

(Reinhold Trinius [SPD]: Da bin ich aber gespannt!)

Meine Damen und Herren, wir haben einvernehmlich beschlossen, daß die Landtagsverwaltung ebenso wie die gesamte Landesverwaltung einer Unternehmensberatung unterzogen werden sollte. Einvernehmlich haben wir den entsprechenden Auftrag an KPMG vergeben. Das ist mittlerweile drei Jahre her. Es war außerordentlich mühsam, dieses Projekt durchzuführen und die Umsetzung der Beratungsergebnisse zu erreichen. Ich will nur so viel sagen: Drei Jahre haben wir mittlerweile dafür gebraucht. Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Weil Sie alles verkompliziert haben, gnädige Frau! - Gegenrufe von der CDU - Glocke)

- Herr Matthiesen, die Details können wir gern beraten; das brauchen wir aber nicht plenar zu tun. Im Plenum sollten wir uns auf das zentrale Problem, das übriggeblieben ist, konzentrieren, und das ist das der Ansiedlung des Controllings.

(Ruth Hieronymi [CDU])

- (A) Es ist, wie ich denke, leicht einsichtig, daß diese zentrale Aufgabe innerhalb der Landtagsverwaltung und nicht in der Stabsstelle des Präsidenten angesiedelt werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Die Forderung der CDU ist deshalb klar und eindeutig: Das Controlling-Referat soll bis zum 28. Februar 1998 voll in die Linie der Verwaltung, also in den Geschäftsbereich I, mit einem direkten Zugangsrecht zum Präsidenten eingegliedert sein.

Dieser unserer Forderung, die Ihnen allen seit längerer Zeit auf dem Tisch liegt, ist bisher leider in den Beratungen weder des Hauptausschusses noch des Haushalts- und Finanzausschusses nachgekommen worden.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Der hat doch überhaupt nichts damit zu tun!)

- Herr Matthiesen, Sie waren in der Sitzung des Hauptausschusses doch anwesend und haben gehört, wie ich für die CDU-Fraktion diese Erklärung abgegeben habe.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das hat gar nichts im Hauptausschuß zu suchen!)

- (B) Unsere Forderung ist bis heute nicht erfüllt, und deshalb kann die CDU dem Einzelplan 01 gleich leider nicht zustimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten und hoffen, daß die Forderung so schnell wie möglich erfüllt wird.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Frau Kollegin Fischer für die SPD-Fraktion.

Birgit Fischer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 01, den wir heute beraten, bestimmt den finanziellen Rahmen für die Arbeit des Parlaments und der Landtagsverwaltung. Ich denke, uns allen ist bewußt, wie sehr unsere tägliche Arbeit von der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung abhängt. Diese tägliche Unterstützung und die hohe Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen unsere ganze Anerkennung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Und sie verdienen, daß man dies auch öffentlich äußert.

Wir sind bei aller politischen Diskussion gut beraten, diese scheinbare Selbstverständlichkeit nicht ganz aus den Augen zu verlieren, erst recht nicht in einem Reformprozeß, der auch den Beschäftigten viel abverlangt.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt zieht erste Konsequenzen aus grundsätzlichen Überlegungen zur Arbeit des Parlaments und seiner Verwaltung. Damit zeigt das Parlament, daß es die Reform des Verwaltungshandelns nicht nur als Auftrag an andere, sondern auch als Auftrag an sich selbst, seine Verwaltung versteht.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Effiziente Arbeitsabläufe, optimal auf die Bedürfnisse der Parlamentarier und Fraktionen abgestimmte Dienstleistungen und ein effektiver Einsatz der öffentlichen Mittel - diese Ziele gelten selbstverständlich auch für unseren eigenen Bereich.

Als erstes Parlament haben wir dazu beispielhaft auch für andere Länder eine Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung veranlaßt. Beispielhaft in diesem Prozeß war auch, daß der Präsident des Landtags alle Fraktionen nicht nur durch Informationen oder Befragung, sondern auch durch eine projektbegleitende Kommission an diesem organisatorischen Entwicklungsprozeß beteiligt hat. Dieser Prozeß war nicht einfach und wird es auch zukünftig nicht sein.

Organisationsreformen sind keine simplen Vorgänge, die sich nach Schema F abwickeln ließen, sondern komplexe Prozesse, bei denen es um Menschen geht, die sich mit ihren berechtigten Interessen auch im Wandel wiedererkennen wollen. Ein solcher Prozeß kann deshalb nur dann gelingen, wenn der grundsätzliche politische Veränderungswille konstruktiv und ergebnisorientiert in praktische Reformschritte umgesetzt wird.

Genau an dieser Stelle befinden wir uns zur Zeit, und genau an dieser Stelle konzentriert sich die CDU plötzlich darauf, völlig unnötige sachlich durch nichts begründete Konflikte zu produzieren.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Ich bedauere das, weil ich davon überzeugt bin, daß das Parlament nicht ohne Not auf einvernehmliches Handeln in seinen Angelegenheiten verzichten sollte. Ich bedauere das insbesondere deshalb, weil diese Konfliktstrategie den

(C)

(D)

(Birgit Fischer [SPD])

(A) Reformprozeß erschwert und damit zu Lasten der Beschäftigten geht.

(Beifall bei der SPD - Leo Dautzenberg [CDU]: Bin ich hier im falschen Film, oder was?)

Ich sage deshalb deutlich: Wir sind nicht bereit, für Konsens und Einvernehmen jeden Preis zu zahlen. Wir sind nicht bereit, die von der CDU betriebene Politisierung des Reformprozesses hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind nicht dazu bereit, Beschäftigte in dieser Diskussion parteipolitisch zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD)

Und wir sind nicht bereit, die verfassungsrechtliche Aufgabenteilung zwischen Landtagsverwaltung und Parlament zur Diskussion zu stellen.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Trinius [SPD]: Sehr gut, genau das! - Zurufe von der CDU)

Tatsache ist: Mit Ihrer Konfliktstrategie hat die CDU längst die Rolle verlassen, die ihr von der Verfassung unseres Landes zugewiesen wird.

(B) (Lothar Hegemann [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung gab es einvernehmliche Beschlüsse aller Fraktionen. Diese Beschlüsse sind Grundlage für die Arbeit des Präsidenten.

Wenn die CDU heute von diesem Einvernehmen abrückt, dann hat das nichts, aber auch gar nichts mit diesen grundsätzlichen Entscheidungen zu tun. Es hat nichts zu tun mit dem Einvernehmen über die Einrichtung eines wissenschaftlichen Dienstes, und es hat nichts zu tun mit dem Aufbau eines wirksamen Controllings. Es hat nichts zu tun mit diesem Haushalt.

Nein, die CDU-Fraktion will etwas ganz anderes: Sie will Personalpolitik in der Landtagsverwaltung betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Sie will nicht Stellenpläne beraten, sondern Stellenbewirtschaftung betreiben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: So müssen wir weitermachen!)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen entscheiden, welche Beschäftigte welche Tätigkeit ausüben, sie wollen sogar entscheiden, wer dann befördert wird. Das, meine Damen und Herren, ist mit dieser Verfassung nicht vereinbar, und das ist mit dieser SPD-Fraktion nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidungen über den Verwaltungsaufbau und den Verwaltungsablauf, Entscheidungen über den Einsatz des Personals trifft der Präsident als Behördenleiter der Landtagsverwaltung, nicht die CDU-Fraktion und auch nicht dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nicht glauben, daß der gesamten CDU-Fraktion dieser Sachverhalt unbekannt ist. Wenigstens der Kollege Bensmann hat am 18. November völlig zu Recht schriftlich klargestellt - ich zitiere -:

"Der Präsident des Landtags hat das Recht, über die Aufbau- und Ablauforganisation seiner Behörde zu befinden. Ihm steht zum Beispiel das alleinige Recht zu, Geschäftsverteilungspläne zu erlassen. Er hat im Rahmen des verabschiedeten Haushaltsplanes das alleinige Recht der Personalbewirtschaftung."

Mit dieser puren Selbstverständlichkeit aus meiner Sicht steht der Kollege Bensmann aber offenbar in der CDU-Fraktion alleine da; ich bedauere das ganz außerordentlich.

(Reinhold Trinius [SPD]: Richtig!)

Denn in Personalfragen scheint tatsächlich zuzutreffen, was der Kollege Linssen in einem anderen Zusammenhang kürzlich gesagt hat - Zitat -:

"Selten sind hier Aktivitäten von Parteien so groß wie bei Personalfragen. Sie glauben gar nicht, was da alles in Bewegung gesetzt wird."

(Zuruf von der CDU: Bei Ihnen nicht!)

Treffender hätte ich das, was die CDU hier ausführt, nicht kommentieren können.

Wer so wie Sie individuelle Interessen und Personalentscheidungen zum Maßstab der Haushaltsberatungen macht, wird seiner Aufgabe schlicht nicht gerecht. Er wird auch der bisherigen Zu-

(C)

(D)

(Birgit Fischer [SPD])

(A) Zusammenarbeit und dem bisherigen Einvernehmen über wichtige Grundsatzfragen nicht gerecht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mir kommen die Tränen!)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Hören Sie mit dieser Konfliktstrategie auf, mit der Sie nur dem Parlament als Ganzem und den Beschäftigten schaden.

(Beifall bei der SPD)

Kehren Sie zurück zu einem konstruktiven und sachgerechten Dialog über die Reform der Landtagsverwaltung! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Kollegen Dr. Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin recht verwundert über diese Debatte, die hier am späten Abend losgetreten wird: Sie lehnen den Einzelplan 01 ab; das ist sicherlich Ihr gutes Recht. Nun würde man erwarten, daß Sie einen Antrag zum Haushalt stellen, an dem klar wird, warum Sie diesen Haushalt ablehnen, und dann kann man sich damit auseinandersetzen. Es liegt aber kein Antrag von Ihnen vor.

(B)

Hier geht es um eine Entscheidung beziehungsweise um eine Sachfrage, die man so oder so sehen kann, die der Präsident zu treffen hat und die mit dem Haushalt überhaupt nichts zu tun hat. Ich frage mich, ob die Ansiedlung des Controlling-Referats im Landtag eine so zentrale Frage ist, daß sich der gesamte Landtag mit dieser Frage beschäftigen muß. Wenn man sich ernsthaft dieser Frage stellt, kann man meiner Meinung nach nur sagen: Nein, sie gehört nicht hierher.

Es ist eine gute Tradition, wie Frau Hieronymi zu Recht gesagt hat, daß die inneren Organisationsprobleme des Landtags nicht hier im Plenum diskutiert werden. Dazu gibt es die Gremien, in denen wir ausführlich dazu getagt haben. Dort hatten wir nach meiner Auffassung einen Konsens gefunden. Ich wundere mich, daß hier dieser Konsens verlassen wird. Sie haben auch überhaupt

nicht zur Sache gesprochen, Sie haben auch noch nicht vorgetragen, warum es im einzelnen so oder so aussehen soll. Ich würde vorschlagen, daß Sie es in den Gremien tun, wo es hingehört und wo wir die entsprechenden Beschlüsse bereits gefaßt haben.

(C)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, Herr Kollege Appel hat eine Zwischenfrage.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Bitte sehr!

(Lothar Hegemann [CDU]: Eine Fraktionssitzung! Das fehlt ja noch!)

- Das ist die einzige Chance, diese Debatte noch zu beleben.

Roland Appel (GRÜNE): Könnte es sein, Herr Kollege Busch, daß die Tatsache, daß die CDU meint, eine solche Frage hier im Landtag diskutieren zu müssen, ein Licht darauf wirft, was die CDU in diesen Haushaltsberatungen für wichtig hält und als Priorität ansieht?

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

(D)

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Die Gestik von Herrn Linssen gibt schon eine Antwort darauf. - Ich glaube, wir bewegen uns auf einer Kurve, die deutlich nach unten zeigt: Von Jahr zu Jahr werden die Beiträge der CDU zu den Haushaltsberatungen dünner, und ich bin gespannt, was sie morgen bringen.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Morgen sind die gar nicht mehr da!)

Ich möchte nur folgendes sagen: Die Modernisierung der Landtagsverwaltung ist eine schwierige Aufgabe: Es hat mit dem KPMG-Gutachten angefangen, und es hat anschließend endlose Sitzungen der ProKom und viele andere Sitzungen am Rande zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern gegeben. Die Position der CDU war dort nicht immer klar, jedenfalls nicht so klar, daß Sie berechtigt wären, sich hier hinzustellen und die Ablehnung des Einzelplanes 01 zum zentralen Thema zu machen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das machen Sie doch!)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

(A) - Ich bitte Sie! Diese Debatte droht dem Ansehen des Präsidenten zu schaden.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte sie für völlig falsch und unnötig. Es geht hier darum, daß wir unseren eigenen Laden möglichst effizient organisieren, und daran haben alle ein Interesse. Insofern verstehe ich Ihre Konfrontation in diesem Punkt überhaupt nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat Herr Kollege Hegemann für die CDU-Fraktion.

Lothar Hegemann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat vor einigen Jahren, als die Landesregierung nach mehrfacher Aufforderung bereit war, Gutachten über die Funktionalität ihrer Ministerien in Auftrag zu geben, gesagt, daß die Landtagsverwaltung dann nicht ausgenommen werden kann. Was wir der Landesregierung als Gesetzgeber zumuten, muß für uns auch gelten.

(B) Wir wissen, daß dieser Apparat anders strukturiert ist als ein Ministerium und daß ein Parlament nicht mit einem Ministerium vergleichbar ist. Deshalb kann man Stellenpläne nicht unisono vergleichen.

Diese Forderung kam von der CDU. Wir haben damals erklärt: Wir möchten dies im Rahmen der Haushaltsberatung diskutieren, zur Not öffentlich. Dann haben Sie gesagt, daß wir ein Gutachten machen, und dies wurde von KPMG für über eine Million DM angefertigt. Nach einem weiteren Jahr waren Sie nicht bereit, eine einzige Konsequenz aus diesem Gutachten zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Es hat ein Chefgespräch im Schloß Lerbach stattgefunden - mittlerweile hat es einen Stern mehr im "Michelin", und ich bin traurig, daß ich nicht dabei war -, aber es hat wahrscheinlich nicht viel gebracht.

(Roland Appel [GRÜNE]: Deshalb das Arrangement!)

Es hat aber nicht viel gebracht, denn wiederum mußte man sagen, daß aus Lerbach endlich Konsequenzen gezogen werden müssen.

Herr Präsident, es ist doch unbestritten, welche Vollmachten Sie haben. Ich glaube, ich wäre nicht glücklich, wenn mich Frau Fischer verteidigt hätte, und ich wäre in Ihrer Position. (C)

Wenn Sie die Diskussion haben wollen, können Sie sie haben, in aller Breite und mit allem, was in der Vergangenheit vorgefallen ist. Frau Kollegin Hieronymi hat hier einen sehr moderaten Vortrag gehalten. Und dann kommt Frau Fischer mit einer vorgefertigten Erklärung als Antwort auf das, was Frau Hieronymi gesagt hat, ohne zu wissen, was vorher überhaupt gesagt wurde. Wenn Sie Schärfen hineinbringen wollen, dann tun wir das auch. Sie haben KPMG nicht umgesetzt. Wir haben vorgeschlagen, das bei den nächsten Haushaltsberatungen zu diskutieren. Sie haben zugestimmt, Dinge umzusetzen.

KPMG sagt: Es können in diesem Hause 72 Positionen eingespart werden. - Ob das der Fall ist und wir das machen sollten, bleibt unsere Entscheidung. Realität ist: Wir haben 3 Stellen mehr als vor KPMG. Statt 2 Millionen DM im Personalbereich einzusparen, werden sogar 450 000 DM mehr ausgegeben.

Frau Fischer, daß Sie vor diesem Hintergrund sagen, wir diskutierten noch ernsthaft darüber, beweist, daß Sie im falschen Film sind. Sie können uns nicht damit drohen, alles auf den Tisch legen zu wollen. Bitte schön! Denn niemand hier hat daran ein größeres Interesse als wir. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege. Frau Meyer-Schiffer hat eine Zwischenfrage. Gestatten Sie sie?

Lothar Hegemann (CDU): Ja, klar.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

(Nach einigen technischen Schwierigkeiten kann das Mikrofon zur Wortmeldung freigeschaltet werden.)

Gisela Meyer-Schiffer (SPD): Herr Kollege Hegemann, sind Sie bereit zuzugeben, daß die CDU-Fraktion - nicht Sie in Ihrer Person; Sie sind an den Vorgängen bislang nicht beteiligt gewesen; insofern verstehe ich auch manche Ihrer Äuße-

(Gisela Meyer-Schiffer [SPD])

- (A) rungen, die daher rühren, daß man in der Sache nicht so informiert ist - im Moment die Umsetzung des ersten Schrittes von KPMG seit Wochen behindert?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein.)

Lothar Hegemann (CDU): Nein. - Sie mögen ja Sprecherin Ihrer Fraktion im Präsidium sein. Aber von dem, was in Ihrer Fraktion vorgeht, wissen Sie wohl nichts.

(Beifall und Lachen bei der CDU)

Sie sprechen davon, wir behinderten etwas? - Seit Wochen bitten wir um Gespräche auf höchster Ebene. Es hat einen Briefwechsel gegeben, und der Präsident hat erklärt, er könne sich mit dem, was wir vorschlagen, in Teilen durchaus einverstanden erklären.

(Ulrich Schmidt [SPD]: Nein, so nicht.)

- Jawohl, das haben Sie so erklärt, Herr Präsident.

Wenn Sie also davon sprechen, seit Wochen werde etwas behindert, halten wir dem entgegen: Das, was originäre Landtagsangelegenheit ist, muß zwischen den Fraktionen geklärt werden.

(B)

(Ulrich Schmidt [SPD]: Richtig.)

Sie können dieses Gebäude nicht behandeln wie ein Ministerium. Mittlerweile haben Sie alle Ministerien im Griff und stellen fest, daß die Verfassung aber auch für den Landtag bestimmte Spielregeln vorsieht. Ich kann die Führung dieses Hauses nur herzlich darum bitten, in die Debatte keine Schärfe hineinzubringen. Wir enthalten uns heute in dieser Frage. Wir stimmen nicht mit Nein und schlagen auch keine Tür zu. Auch gehen wir davon aus, daß dies ein einmaliger Akt ist. Aber wenn Sie sich nicht endlich bewegen und statt dessen nur so tun, als würden Sie handeln, wird die Diskussion weitergeführt, aber nicht produktiv sein. Wahrscheinlich wird es dann nur Verlierer geben. Das aber haben Sie sich zuzuschreiben.

Noch einmal: Kehren Sie zur Vernunft zurück! Ich weiß, daß weite Bereiche innerhalb der SPD-Fraktion dazu bereit sind. Gehen Sie unvoreingenommen an die Lösung der Probleme wie etwa mit dem Controlling! Picken Sie sich nicht nur irgendwo Häppchen heraus! Betreiben Sie nicht nur Rosinenpickerei und sagen, dieses oder jenes habe KPMG ja auch angesprochen, das können wir angehen. Gehen Sie endlich mit den Vorstellun-

gen von einem großen Wurf an diese Diskussion! Hören Sie auf, mit uns Ihre Hinhaltenaktik zu betreiben! Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. (C)

Wichtigstes Augenmerk heute sollte sein, daß wir uns das nicht gefallen lassen. Herr Präsident, ich habe Sie nicht persönlich angesprochen, aber wenn Sie das wollen, kann ich das auch noch tun.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich noch ein Wort an Herrn Kollegen Hegemann richten. Es entspricht nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten, den Präsidenten so anzusprechen, wie Sie es gerade getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Für die Zukunft würde ich mir wünschen, daß Sie dies beachteten. Es entspricht auch nicht den Gepflogenheiten, die Handlungen der Präsidentin zu kommentieren. Das möchte ich Ihnen auch noch sagen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Was soll ich machen? Schweigen und sitzenbleiben?)

Als nächsten Redner bitte ich jetzt Kollegen Matthiesen. (D)

Klaus Matthiesen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich ist es erlaubt und muß es erlaubt sein, daß das Hohe Haus in einen kritischen Dialog quasi über sich selbst eintritt. Natürlich muß es möglich sein, auch im Rahmen einer öffentlichen Debatte an einem solchen Plenartag über die Strukturreform der Landtagsverwaltung nachzudenken und kritisch zu debattieren, unterschiedliche Meinungen auszutauschen. Das ist nicht der Punkt.

Ich habe mich aus einer Besorgnis heraus gemeldet, die ich angesichts dessen, was ich jetzt gehört habe, anmelden will, von dem ich allerdings nicht hoffe, daß es für die Zusammenarbeit in diesem Hohen Hause in den nächsten Jahren stilprägend ist. Das hat mit der Tatsache zu tun, daß es - bisher jedenfalls - immer, trotz unterschiedlicher Auffassungen, einen politischen Grundkonsens zwischen den Fraktionen gab, als Fraktionen für dieses Hohe Haus im Hohen Hause eine Schutzfunktion zu übernehmen. Wie gesagt: Diese Schutzfunktion schließt eine kritische De-

(Klaus Matthiesen [SPD])

(A) batte nicht aus, sollte aber dennoch weiterhin stilbildend sein.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das ist längst geklärt.)

Herr Kollege Hegemann, das bedeutet dann, daß bei Maßnahmen, wie sie Herr Kollege Diegel im Unterausschuß Personal ergriffen hat - wenn mir das richtig mitgeteilt worden ist -, teilweise in Kenntnis oder Unkenntnis von Personalakteintragungen persönlicher Biographien Mitarbeiter reihenweise zum politischen "Schachergeschäft" - hätte ich fast gesagt - gemacht werden sollten. Das ist unerträglich und vergiftet das Klima.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Linssen, Sie wissen, daß wir über dieses Thema mehrfach gesprochen haben, wiewohl man über solche Gespräche nicht öffentlich berichtet und ich das auch nicht tun will. Solange wir dort nicht Klarheit haben, daß es sich um einen einmaligen Entgleisungsvorgang gehandelt hat, der nicht wiederholt wird, ist das Klima der Zusammenarbeit belastet. Ich füge hinzu: Es tut uns allen nicht gut. Denn bei aller Interessenwahrnehmung, die wir verfolgen, bei aller Schutzfunktion für das Gesamte gibt es ab und zu auch die eine oder andere sehr fraktionsgebundene Fragestellung, die nur dann geklärt werden kann, wenn die anderen Fraktionen im Konsens mitmachen.

(B)

Ich hoffe, daß ich mich nun so verklausuliert ausgedrückt habe, daß zumindest die älteren Hasen und die Eingeweihten unter uns wissen, wovon ich spreche. Das kann nicht gut sein.

Eine weitere Bemerkung: Daß der Präsident hier sitzt und sich diese Debatte anhört, ist in Ordnung und ehrt ihn. Das was Sie teilweise aus internen Schriftwechseln in Andeutung gegen ihn gerichtet haben, ist, meine Damen und Herren, jenseits von Sitte und Anstand in diesem Hohen Hause.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich bitte jetzt und auch künftig zu unterscheiden, wessen Sache die des Präsidenten ist, der vom Hohen Hause gewählt worden ist, und was Sache von mitberatenden Fraktionen ist im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Kompetenzen und in ausdrücklicher, ausgesprochener Kooperationsbereitschaft des Präsidenten. Daß dieser Präsident in der Kooperation so weit gegangen ist und soweit geht mit den Fraktionen, sollte man ihm nachträg-

lich nicht zum Vorwurf machen, sondern das ehrt diesen Präsidenten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich darum, daß diese Debatte - wenn sie schon in diesem Ton geführt worden ist - zumindest Anlaß gibt, darüber nachzudenken, ob die Fortsetzung dieses Weges im Interesse des gesamten Hohen Hauses sowie der sie repräsentierenden Fraktionen liegt.

Herr Bensmann, was wollten Sie sagen?

(Peter Bensmann [CDU]: Diese Dame hat damit angefangen.)

- Welche Dame?

(Peter Bensmann [CDU]: Frau Fischer!)

- Ich sage ja auch nicht zu Ihnen: Dieser Herr.

(Peter Bensmann [CDU]: Das war die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD.)

- Das ist bei Ihnen auch typisch: Sie sind auch einer derjenigen, die schnell mit dem Wort und der Zunge sind, obwohl der Verstand manchmal damit nicht Schritt hält.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das soll aber auch die einzige Spitze gewesen sein - und ich nehme das gleichzeitig mit dem Wort des Bedauerns zurück -, (D)

(Heiterkeit bei der SPD)

weil ich nämlich meine Rede nicht überlagert haben wollte durch den etwas emotionalen Ausbruch, den Sie hatten, worauf ich entsprechend reagiert habe. Ich denke, das ist damit in beiderseitigem Konsens erledigt.

Ich möchte, meine Damen und Herren, noch einmal auf den Punkt dessen kommen, was ich meine und was ich sagen wollte: Wir tun gut daran, uns zusammenzufinden. Und wir tun gut daran, in diesem Prozeß des Zusammenfindens dem Präsidenten zu überlassen, was ihm zugehörig ist, und ihn nicht zu überfordern. Es gibt Spielraum für Verständigung genug. Der Spielraum der Verständigung sollte durch solche unnötigen Debatten für die Zukunft nicht verschüttet werden. Es dient weder den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung noch dem Ansehen des Hohen Hauses. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Kollege Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Hieronymi hat hier in einer Form die Meinung der CDU vorgetragen, der stilbildend war.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN - Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wenn sich nur die nachfolgenden Redner daran gehalten hätten!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben es sich zuzuschreiben, Frau Fischer, wenn Sie geglaubt haben, Sie könnten hier mit Details aufwarten, die eventuell Ihre Fraktion in ein besseres Licht rücken würden. Das war ja Ihre Absicht. Frau Hieronymi hat hier erklärt, daß wir mit der Umsetzung des KPMG-Gutachtens nicht zufrieden sind. Das sind auch viele bei Ihnen nicht.

(Peter Bensmann [CDU]: So ist es!)

Es kann nicht angehen, daß wir, nachdem wir vor drei Jahren hier ein Gutachten bekommen haben, nach drei Jahren nicht in der Lage sind, es so umzusetzen, wie wir es von anderen verlangen. Bei aller Unterschiedlichkeit einer Landtagsverwaltung gegenüber einem Ministerium: Wenn die Umsetzung in einem Ministerium dermaßen zögerlich gewesen wäre, dann wären alle Fraktionen, glaube ich, längst auf den Barrikaden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Matthiesen, Sie haben es ja noch ein bißchen weitergedreht. Sie haben zunächst über unsere Schutzfunktion gesprochen; darin bin ich mit Ihnen einig. Aber dann haben Sie - vielleicht werden Sie das beim Nachlesen der Rede auch zurückziehen - davon gesprochen, daß das alles jenseits von Sitte und Anstand gewesen sei, was wir hier vorgetragen hätten. Ich verwahre mich im Namen der CDU gegen diese Art von Unterstellung.

(Beifall bei der CDU)

Sie können es ja vielleicht bei der Lektüre Ihres Beitrages nachträglich noch zurechtrücken.

Meine Damen und Herren! Frau Hieronymi hat hier vorgetragen, was uns beschwert. Sie ist nicht auf Einzelheiten eingegangen. (C)

(Reinhold Trinius [SPD]: Das wäre auch peinlich gewesen!)

Der Kollege Matthiesen ist auf Einzelheiten eingegangen. Da ich mittlerweile in dem Thema ziemlich fit bin - leider -, würde es mir eine diebische Freude bereiten zu erklären, was hier tatsächlich passiert ist und was der Hintergrund der Einlassungen des Kollegen Diegel gewesen ist. Es ist nicht nur die Unzufriedenheit mit der Umsetzung und dem zögerlichen Umgehen, sondern es ist auch die Tatsache, daß wir seit Monaten - der Kollege Hardt vor etwa acht Wochen in einem Gespräch der ProKom - darauf aufmerksam gemacht werden, daß nunmehr die Fraktionsvorsitzenden versuchen müßten, den Knoten wieder durchzuschlagen. Dieses Gespräch hat jedoch bis heute nicht stattgefunden. Ich mahne es noch einmal an.

Wir greifen nicht zu dem Instrument der Ablehnung des Einzelplans 01, sondern zum Instrument der Enthaltung. Aber das ist etwas, an dem wir nicht vorbeikommen - bei der zögerlichen Art, wie Sie hier versuchen, KPMG nicht umzusetzen. Ich sage es mit aller Deutlichkeit. Wir können uns als CDU-Fraktion auch nicht weiterhin permanent vertrösten lassen, meine Damen und Herren. Es kann nicht sein, daß vor allen Dingen die Bereiche Controlling und Parlamentarischer Beratungsdienst nicht so geklärt werden, wie es in einem ordnungsgemäßen Verfahren üblich ist. (D)

Ich möchte mich bewußt weiterer Details hier enthalten und nicht auf den Stil der SPD eingehen, weil es, glaube ich, uns allen schaden würde.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 01** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2601.** Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dies mit den Stimmen von

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

- (A) SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU-Fraktion **angenommen**.

(C)

Ich rufe die Nummer 11 auf, die ursprünglich für morgen vorgesehen war und auf heute vorgezogen wurde:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/2613.

Eine Debatte ist nicht vorgesehen, so daß wir direkt zur **Abstimmung** kommen.

Ich lasse über den **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 12/2613** **abstimmen**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist die **Beschlussempfehlung** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - bei Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion - **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Wir unterbrechen jetzt die Haushaltsberatung in zweiter Lesung und setzen sie morgen früh um 10.00 Uhr fort.

(B)

Ich wünsche einen angenehmen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(D)

Schluß: 18.16 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und RednerInnen.

16. Dezember 1997/Ausgegeben: 18. Dezember 1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.